

Redaktion: Claus Schröder / Heinrich Mundt (verantwortl.) erscheint 14-tägig

Sichere Restverfüllung der Grube wird angezweifelt Der "Fertiggaragenversuch"

Frage, wie konnten im Plan diese Aussagen über den Pumpversatz im voraus gemacht werden?

Schacht Konrad - Strahlenlotterie des Bundesumweltministers

Prof. Dr. Köhnlein (Strahlenbiologie, Münster), Sachbeistand der Arbeitsgemeinschaft, plädierte dafür, die Strahlengesetzgebung zu revidieren um den neuen Erkenntnissen über die Wirkung von Niedrigstrahlung (z.B. sprunghafter Anstieg von Schilddrüsenkrebs in Weißrussland im Jahre 1990, vier Jahre nach Tschernobyl) Rechnung zu tragen.

Prof. Burkard (BfS, sitzend auf der Gutachterbank) bezweifelt die Aussagen von Jens Scheer in bezug auf die Gefährlichkeit kleiner Dosen und führt als Beispiel an, daß eine Flasche Schnaps auf einmal getrunken tödlich, über einen längeren Zeitraum jedoch recht ungefährlich sei. Die Grenzwerte der

Fazit: NIEDRIGSTRAHLUNG IST HALB SO WILD. WIR BLEIBEN BEI DEM ALTEN BILD.

- ◆ SCHACHT KONRAD darf nicht das Bauernopfer für einen Kuhhandel mit den Energiekonzernen werden;
- ◆ die während des laufenden Erörterungsverfahrens von Sachverständigen und Einwohnern vorgelegte und nicht ausgearbeitete fundierte Kritik an den vom Bundesamt für Strahlenschutz vorgelegten Planunterlagen, läßt sich nicht mit einem Federstrich wischen

Ministerpräsident
Gerhard Schröder auf, sich im
Rahmen einer öffentlichen
Veranstaltung den Menschen
in der Region zu erklären.
Wir, die Unterzeichnerinnen
und Unterzeichner, werden
uns mit allen zur Verfügung
stehenden Mitteln dafür
einsetzen, daß SCHACHT
KONRAD nicht das Atomklo
der Nation und Europas wird.

[illegible]

Welfenberg, Bran. (Bf.) Iraklionsgeschäfts-
Ehren im Auf Die GELIHN Panchewski
Anwesen/ Ratspr: Die GELIHN
sollendem wird diese Anzeige unterstrich-
ten Aktion Anwesen/ Ratspr: Die GELIHN
Wolfgang Panchewski Hermann (GELIHN)
Gemeindeverordneten im Kommune G. (GELIHN)
MILITÄR (GELIHN) Hermann (GELIHN) (GELIHN)
Die GELIHN G. (GELIHN) Naturschutzfund (GELIHN)
Wolfgang Panchewski (GELIHN)

4. Für die weitere Arbeit zur Verhinderung eines Atommüllendlagers
SCHACHT KONRAD benötigen wir dringend Spenden

Konto der
Arbeitsgemeinschaft (AG)
SCHACHT KONRAD e.V.
Nr. 37 87 52 - 308
PGINd Hannover
(BLZ 250 100 30)
(Spenden an die
AG SCHACHT KONRAD
sind steuerlich absetzbar)

Koordination:
Arbeitsgemeinschaft
SCHACHT KONRAD e.V.
Fetzelstraße 50
3300 Braunschweig
Tel. 0531 - 37 81 21
Fax 0531 - 37 81 51

AUE als Endlager- Vorfluter nicht geeignet

Dies wurde von den Sach- und Rechtsbeiständen der Kommune Vechelde, Ulrike Fink (GÖK) und Nikolaus Piontek, sowie Gerd Kersten (BUND) festgestellt.

Ulrike Fink (GÖK) führte zunächst allgemein aus, daß die Aue keine natürlichen Quellen mehr habe, und daß von den 0,67m³ /s Wasser am Pegel Vechelde allein 0,5 m³ /s aus der Kläranlage von P+S stammten, die mit nicht-radioaktiven Stoffen, z.B. Ammonium, Nitrit und Chlorid, schon stark vorbelastet seien.

Aufgrund der niedrigen Wasserführung der AUE würden die zusätzlichen radioaktiven Konrad-Ableitungen zu einer drastischen Erhöhung der Radionuklidkonzentration führen. Diese Konzentrationen seien 2,5 bis 50 mal höher als es für die Naab, die Ableitungen aus der ehemals geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf aufnehmen sollte, beantragt war. Zum Thema Belastungspfade fragte Frau Fink weiter, warum die landwirtschaftliche Nutzung von Überschwemmungsgebieten nicht berücksichtigt sei, zumal im Flächennutzungsplan ein Überschwemmungsgebiet nördlich von Vechelde ausgewiesen sei. Auf die Antwort von Ehrlich (BfS), dies sei kein Überschwemmungsgebiet, führte Dr. Biedermann (NMU) die Position der Landwirtschaftskammer (LWK) an, wonach eine Überschwemmungsgefahr der Aue stets gegeben sei.

Gerd Kersten (BUND), kritisiert aus Sicht des Naturschutzes, daß der Schutz der Organismen in der AUE nicht gewährleistet sei. Kersten betont, daß die berechnete Belastung von 30 Bq Cäsium/kg Fisch zu hoch sei.

Als Dr. Thomauske den darauf folgenden Tag im Erörterungstermin nicht gesichtet wurde, vermuteten böse Zungen, er habe sich bei der Begehung der AUE nasse Füße mit anschließender Erkältung geholt...

Konrad-Beschäftigte durch Niedrigstrahlung gefährdet

Prof. Kuni, Sachbeistand (DGB) untermauerte noch einmal die Ausführungen von Prof. Jens Scheer bezüglich der Auswirkungen niedriger radioaktiver Strahlendosen auf den Menschen. Er stellte fest, daß der maximale Wert von 50 milli Sievert (mSv) als höchste Strahlenbelastung für beruflich strahlenexponierte Personen zu hoch sei. Prof. Kuni forderte in diesem Zusammenhang eine Herabsetzung auf 12,5 mSv/Jahr und eine Neubewertung des Strahlenrisikos der Bergleute. Kuni machte im folgenden darauf aufmerksam, daß die heute üblichen Dosis- bzw. Dosisleistungsfaktoren zu einer Unterschätzung der auftretenden Todesfälle durch Krebs führen.

In bezug auf mögliche genetische Strahlenschäden der Angehörigen der Beschäftigten, verlangte Kuni, angesichts der Verantwortung für kommende Generationen größtmögliche Sicherheit walten zu lassen.

Prof. Burkart /Institut für Strahlenhygiene (BfS) war anderer Meinung. Nach seiner Auffassung seien alle Arten von Energiegewinnung mit Risiken für die Bevölkerung verbunden, Opfer müßten einkalkuliert werden. Vielen Dank!!

Antrag von Prof. Bertram wiederum abgeüßelt

Der Antrag von Prof. Bertram, Sachbeistand des LBU/BBU, den Erörterungstermin abzubreaken und die Planunterlagen wegen Unvollständigkeit und Fehlerhaftigkeit zurückzuweisen, wurde wiederum abgelehnt.

An allen Ecken und Kanten mangelt es bezüglich des Inventars an Beweisen.

Zum Beispiel wurde in den Planunterlagen der Einfluß mikrobiologischer Vorgänge im Endlager auf die radiologischen Auswirkungen der Anlage unterschätzt, die Möglichkeit des Abbaus von Zement durch mikrobielle Stoffwechselprodukte (organische Säuren) wurde überhaupt nicht betrachtet, die Emissionen von Radionukliden während des Betriebs der Anlage wurden zu gering angesetzt, da wesentliche Freisetzungspfade nicht oder nicht ausreichend beachtet wurden.

Die Diskussion um den sog. "Energie-Konsens" hinterläßt ihre Spuren. Nur so läßt es sich erklären, daß auch dieser Antrag auf Abbruch des Erörterungsverfahrens abgelehnt wurde. SCHACHT KONRAD soll nach wie vor als "Bauernopfer" für einen fragwürdigen "Energie-Konsens" dienen.

Schlaglicht

Brunsbüttel - Vertrauen ist schlecht, abschalten ist besser

Und wieder einmal wurde die Sicherheitsphilosophie der Atomwirtschaft in Frage gestellt.

Die bisherige Auffassung der Gutachter der Atomaufsichtsbehörden, daß dem Bruch einer AKW-Kühlrohrleitung immer eine Leckage voraus geht, wurde durch 6,3 mm tiefe Risse in den nur 7,4 mm dicken Rohren des Kühlleitungssystems des Atomkraftwerks Brunsbüttel ad absurdum geführt. Erst nach einer gründlichen Überprüfung des seit August 1992 stillgelegten Siedewasserreaktors, trat zu Tage, was unter einer dicken Isolierschicht bisher im Verborgenen gelegen hatte. An den mit 70 Atmosphären Betriebsdruck belasteten Kühlrohren, aus angeblich unverwundlichen "Austenit"-Stahl wurden 108 tiefe Risse festgestellt.

Bundesumweltminister Töpfer und die Energieversorgungsunternehmen gehen davon aus, daß es sich bei den Rissen um Herstellungsfehler handelt und versuchen den Tatbestand der defekten Rohre zu verharmlosen.

Sollte sich erweisen, daß diese Risse während des Betriebes des AKWs entstanden sind, kann man davon ausgehen, daß von einem bisher als sicher geltenden Teilsystem im sensibelsten Bereich eines Atomkraftwerks ein ungeheures Gefahrenpotential ausgeht.

Dies macht wieder einmal deutlich, wie berechtigt unsere Zweifel hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit gegenüber dem Bundesminister für Reaktorunsicherheit und seinen Behörden sind. Einen hundertprozentigen Sicherheitsnachweis gab es nie und wird es auch in Zukunft nicht geben. Die Beteuerungen, daß das alles nicht so schlimm sei und auch nichts Neues sei, beweisen, daß hier der Umgang mit der gefährlichsten Energienutzungsform auf menschenverachtende Weise verniedlicht wird.

Bezogen auf das Planfeststellungsverfahren SCHACHT KONRAD zeigt dies um so deutlicher, daß es auf Grund der Vielzahl, der von Sachbeiständen vorgetragenen Kritikpunkte, nur ein Ergebnis geben darf:

SCHACHT KONRAD IST ALS ATOMMÜLLENDLAGER NICHT GEEIGNET!!!

DRINNEN UND DRAUßEN

TERMINE INNERHALB DER TENNISHALLE IN WEDTLSTEDT, SCHLEUSENSTR. 15 (*) UND AUßERHALB

(*) **Sonnabend, 06.02.1993**

10.00 - 14.00 Beginn Top 5b "Transporte" Gruppe Ökologie und Rechtsanwälte Nümann und Piontek für mehrere Kommunen

Montag, 08.02.1993

20.30

BÜRGERZENTRUM VECELDE

WAS WIRD AUS KONRAD ???

Diskussionsveranstaltung mit der Nds. Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) und dem Landtagsabgeordneten Hannes Kempmann (GRÜNE);
Veranstaltung der BI Vechelder gegen Schacht Konrad

(*) **Mittwoch, 10.02.1993**

11.00 - 18.00 Fortsetzung TOP 5b "Transporte"

Donnerstag, 11.02.1993

10.00 - 18.00 (*) Fortsetzung TOP 5b "Transporte"

19.30

"Koordinierungs-Treffen" der BI's, Bürgerzentrum Vechelde

(*) **Freitag, 12.02.1993**

10.00 - 16.00

"Strahlenbelastung Personal", Prof. Bernhard Fischer, Sachbeistand DGB

16.00 - 19.00

insb. Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall SZ zu Top 5b "Transporte"

(*) **Sonnabend, 13.02.1993**

10.00 - 14.00 insb. Einzeleinwender zu Top 5b

Mittwoch, 17.02.1993

19.30

Veranstaltung der evang. Jugend, Thema: SCHACHT KONRAD; Friedenskirche, Salzgitter-Fredenberg

(*) **Mittwoch, 17.02.1993**

11.00 - 18.00 Fortsetzung TOP 5b "Transporte"

(*) **18.02.1993-20.02.1993**

Abschluß TOP 5; Beginn TOP 7 "Betroffenheiten individueller, kommunaler und regionaler Belange"

Freitag, 19.02.1993

19.00

Großes Benefiz-Concert "Braunschweiger gegen SCHACHT KONRAD" im FBZ in BS; Organisator: Bürgerinitiative Braunschweiger gegen SCHACHT KONRAD

Montag, 22.02.1993

20.00

Veranstaltung der Lengeder Bürgerinitiative Gegen Atom Müll im Endlager Konrad, mit Wilhelm Schmidt (SPD-Bundestagsabgeordneter/Salzgitter, Thema: Ist das Atom Müllendlager SCHACHT KONRAD eine (politisch) abgemachte Sache? Lengeder Rathaus/Mehrzweckraum-Polizeieingang

REGELMÄßIGE TERMINE

Werktags von 18.00- 19.00 Bürger/Innenstunde und am Sonnabend von 12.00 - 14.00 können Bürger/Innen ihre Einwendungen, unabhängig von der aktuellen Tagesordnung vortragen.

Einwender/Innenplenum

Nach Abschluß des jeweiligen Verhandlungstages lädt die AG zu einem Plenum ein, auf dem der Ablauf des Tages ausgewertet und über das Vorgehen im weiteren Verlauf der Erörterung beraten wird.

TELEFONVERZEICHNIS für Wedtlenstedt:

Infotelefon NMU:

05302/9109-37

Infoansage NMU:

05302/9109-38, -39, -40

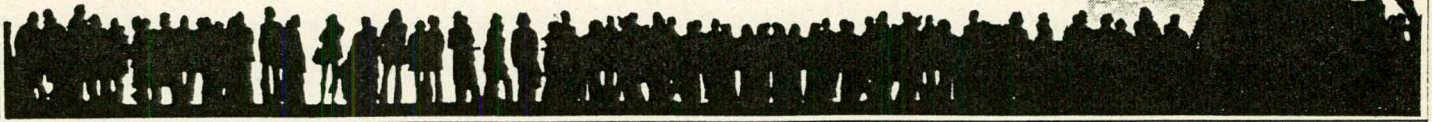
Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad:

Telefon: 05302/9109-26, -27, -28

Fax: 05302/9109-29

Wir lassen uns nicht mehr länger vertöppern !!!

Konrad-Express



Info der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V., Petzvalstr.50, 3300 Braunschweig, Tel.:0531/378121, Fax: 0531/378151
Redaktion: Claus Schröder / Heinrich Mundt (verantwortl.)

Nr. 1 vom 24.01.1993

Konrad soll politisch für "geeignet" erklärt werden Etikettenschwindel mit dem "Energie-Konsens"

Die Erörterung zum geplanten Atommüllendlager in Salzgitter ist zum Nebenschauplatz verkommen. Nach dem Anfang Dezember öffentlich bekannt gewordenen Vorstoß von RWE, VEBa und Ministerpräsident Gerhard Schröder für einen sog. "Energie-Konsens" ist klar, daß die Entscheidung über SCHACHT KONRAD vor allem auf der politischen Ebene fallen wird. Trotz gegenteiliger Koalitionsvereinbarungen hat Schröder offenbar zugesichert, für einen fragwürdigen Deal mit der Atomwirtschaft KONRAD zügig zu genehmigen.

Dies ist ein Schlag ins Gesicht aller Einwender/Innen und ist ohne sachliche Grundlage. Selbst bei einem tatsächlichen Ausstieg aus der Atomenergie - der o.g. Deal soll im Gegenteil den Betrieb der laufenden Anlagen sichern - müßte das Verfahren nach Meinung der AG noch einmal neu aufgerollt werden. Schließlich mußte der Antragsteller, daß insgesamt für Strahlenschutz (BfS) in der laufenden Erörterung zugegeben, daß mehrere Kategorien des vorhandenen Atommülls nicht in KONRAD eingelagert werden können.

Öffentliche Erklärung von Politiker/Innen der Region nimmt Formen an

Mit einer Unterschriftenaktion für eine Zeitungsanzeige will die AG dem Protest der Politiker/Innen in der Region ein Forum bieten. Im Anzeigentext wird das "RWE - VEBa - Schröder Papier" (s.g. Energie - Konsens) und die damit verbundene "politische Genehmigung" für Schacht Konrad als Atomschrottendlager abgelehnt.

Der vorgesehene Abgabetermin am 16.01.93 konnte aufgrund der Weihnachtszeit seitens der Politiker/Innen nicht eingehalten werden und wurde deshalb auf den 30.01.93 verschoben. Bisher sind bei uns 32 Unterschriften von GRÜNEN-, 13 Unterschriften von SPD-Politiker/Innen und 2 Unterschriften von Unterstützer/Innen eingegangen.
(Stand: 22.01.93)

Tatort Wedtlenstedt (11.01. - 23.01.1993)

Meteorologische Ausbreitungsberechnungen fehlerhaft und unzureichend

Zu diesem Schluß kam der Meteorologe Dr. Karsten Hinrichsen (Hamburg) der Top 4a (Standorteigenschaften) eröffnete, nach zwei Tagen Erörterung. Weder im Normalbetrieb noch bei Störfällen könnten die vom BfS aufgeführten Grenzwerte eingehalten werden. Am Mittwochnachmittag wurde der noch offenstehende letzte Punkt des Top 3 mit Prof.Dr. Bertram und Dipl.chem. Postler abschließend behandelt. Bertram stellte fest, daß die stoffliche Zusammensetzung der Abfallgebinde zu Beginn der Nachbetriebsphase falsch seien. Postler betonte, daß die möglichen Reaktionen chemotoxischer Verbindungen unvollständig dargestellt seien und für wesentliche radiolytische Abbauprozesse verwertbare Angaben fehlen würden.

Der Donnerstag stand gänzlich im Zeichen der Meteorologie. Karsten Hinrichsen bemängelte unter anderem, daß in den Jahren 1980/81 Inversionsmessungen in SZ/WF durchgeführt wurden, die jedoch in den Planunterlagen nicht auftauchen.

Editorial

Aufgrund der geänderten politischen Rahmenbedingungen hat sich das Schergewicht der Aktivitäten der AG auf die politische Ebene verlagert, was sich auch in den Inhalten dieser Ausgabe zeigt. Dementsprechend haben wir den "Erörterungs-Express" in "Konrad-Express" umgetauft.

Kommentar

Die "politischen Halbwertzeiten", in denen sich Ministerpräsident Schröder von wesentlichen Punkten der Koalitionsvereinbarung entfernt, sind sehr kurz geworden. Bei KONRAD hat er sich um 180 Grad gedreht und in Gorleben läßt er die Atommüllfässer aus Mol mit Polizeigewalt zwischenlagern. In einer Presse-Erläuterung hat die AG den Ministerpräsidenten gewarnt, den Langmut der hiesigen Bevölkerung nicht zu überschätzen. Zahlreiche Aktivitäten sind gelaufen und noch geplant.

Die Mitgliederversammlung der AG hat dazu in einer Erklärung beschlossen, daß KONRAD (und Morsleben) vor allem politisch zu verhindern sind. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten darauf ankommen, wie stark sich der Protest in der Region gegen diesen Kuhhandel auch öffentlich zeigt.

Die AG wird aber auch nach bis jetzt 51 Verhandlungstagen weiter dafür eintreten, daß alle Einwendungen ausführlich erörtert werden. In den nächsten Tagen und Wochen stehen spannende Themen auf der Tagesordnung, zu denen hochkarätige Expert/Innen ihre Stellungnahme abgeben werden (siehe Rückseite). Auch und gerade jetzt sollte - neben den guten und wichtigen Aktivitäten "draußen" - die Erörterung genutzt werden, um die Ablehnung von KONRAD argumentativ und sichtbar deutlich zu machen.
CS

MELDUNGEN

- 80 Ärztinnen und Ärzte haben sich in einer Anzeige in der Braunschweiger Zeitung gegen SCHACHT KONRAD und die Energiegewinnung aus Atomkraft ausgesprochen.
- Die örtliche IPPNW-Gruppe plant hierzu eine Plakataktion.
- Der Umweltschuß der Stadt Oldenburg hat eine Empfehlung beschlossen, in der angeregt wird, daß die Stadt Oldenburg der AG SCHACHT KONRAD beitrifft.

Aktion der Bürgerinitiativen anläßlich der Bundesdeligiertenkonferenz der Grünen in Hannover

Mitstreiter aus der Region demonstrierten am 16.01.1993 auf der BDK der GRÜNEN gegen das "RWE-VEBA-Schröder Papier" (siehe Bild 1/ Foto: Brandes). Anschließend ging es gemeinsam nach Immensen zu Gerhard Schröders Privatwohnsitz, wo aufgrund der Abwesenheit "unseres" Ministerpräsidenten und der Präsenz der Polizei zwei junge Mitstreiter-innen der Tochter des Hauses, eine Aufforderung an ihren Vater übergaben, indem er mit Nachdruck aufgefordert wurde, in der Region Stellung zu dem oben erwähnten Papier zu beziehen.



Mangelhafte Daten hinsichtlich der radiologischen Vorbelastungen

Ulrike Fink (GÖK) bemängelte, daß die in den BfS-Planunterlagen angegebenen Daten verschiedener Meßstationen hinsichtlich der radiologischen Vorbelastungen sowohl der Luft als auch des Wassers und des Bodenwuchses schon deshalb nicht nachvollziehbar seien, weil sich keine Angaben über die Standorte der Meßpunkte finden und weiterhin die verschiedenen Daten auch nicht den unterschiedlichen Meßpunkten zuzuordnen seien.

Power to the Bauer

Der Sonnabend gehörte den ca. 30 im Termin anwesenden Landwirten, dem NABU und ihren Sachbeiständen Herrn Woitschützke und Petra Wassmann. Bemängelt wurde daß Interessenkollisionen der Anlage mit Naturschutzbelangen, unzureichend im Plan berücksichtigt wurden und das der willkürlich und nicht begründbar gewählte 5km-Radius den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes nicht gerecht werde.

Brand unter Tage nicht vorgesehen

Eine Brandbekämpfung unter Tage sei nicht vorgesehen, so das BfS. Durch verschiedene Maßnahmen sei sichergestellt, daß dieser Fall "nicht zu unterstellen" sei. Falls dieser doch eintritt, würden die dabei entwickelten Rauchgase in die Umgebung abgeleitet (aha).

Dr. Michael Rost als Sachbeistand der "vereinigten Städte" SZ, BS, WF hatte auf umfangreiche Mängel beim Brandschutz hingewiesen.

Einen ganzen Tag lang machte Prof. Kuni (Marburg) als Sachbeistand für den DGB Ausführungen zu den Strahlenbelastungen des Personals. Hierbei handelte es sich hauptsächlich um die Einbeziehung der bereits vorhandenen hohen Radonbelastung, die vom BfS nach wie vor verweigert wird.

Als "völlig willkürlich" bezeichnete Ulrike Fink von der Gruppe Ökologie (GÖK) den Reduktionsfaktor 0,5, mit dem das BfS berechnete Strahlenbelastungen multipliziert, um damit Überschätzungen und konservative Betrachtungsweisen auszugleichen. Auf entsprechende Fragen von Wolfgang Neumann (GÖK) gab das BfS zu, daß bei "nicht massiver" Überschreitung der Ortsdosisleistung oder der Oberflächenkontamination der angelieferten Atommüllbehälter diese dennoch endgelagert würden.

Einhelliger Meinung waren das Landvolk, vertreten durch Herrn Woitschützke, als Einwender und die Landwirtschaftskammer in ihrer Forderung nach einem ausführlichen Beweissicherungsprogramm. Seine "guten" Ortskenntnisse bewies Dr. Thomauske für den Antragsteller mit seiner Behauptung, Überschwemmungsgebiete des Vorfluters AUE seien nicht zu berücksichtigen, da es keine gebe. Herr Zeuchner (Landwirtschaftskammer): "Fahren Sie doch hin, gerade heute ist die AUE wie so oft über die Ufer getreten".

Zitate aus der Erörterung

Herr Zeuchner, Landwirtschaftskammer:

"Stellen Sie sich vor, ein Endlager KONRAD ist in Betrieb und sie bieten auf dem Markt zwei Fruchtkörbe an, einen aus Salzgitter und einen z.B. aus dem Kreis Gifhorn. Die Kunden überlegen und nehmen den aus Gifhorn. Sehen Sie, genau das ist unser Problem."

Herr Körner, CDU-Fraktion SZ:

"Bezgl. der von der Stadt SZ geforderten Eingangs-Kontrolle der eingelieferten Atommüllbehälter muß ich feststellen, daß das BfS uns keinen Schritt entgegengekommen ist." Der "normale Sonderfall" (BfS)

Zu möglichen Vorkommnissen, die zu Bränden führen könnten, erklärte Dr. Wehmeyer (TÜV): "Es ist nicht vorstellbar, sonst hätte es sich schon mal ereignet".

Schlaglichter

SPD-Bezirk Braunschweig gegen KONRAD

Der SPD - Bezirksvorstand Braunschweig bleibt bei seiner ablehnenden Haltung gegenüber Schacht Konrad. Es wird bekräftigt, "daß die ablehnende Position der Koalitionsvereinbarungen gegenüber einer Nutzung des Schachts Konrad für schwachradioaktive Abfälle nicht diskreditiert werden dürfe bei den Konsens-Bemühungen in Sachen Kernenergie". Desweiteren wurde unterstrichen, "daß Konrad auch bei einem Konsens unter Umständen nicht gebraucht werde, wenn man für hochradioaktive Abfälle zu einem Standort in anderer Formation komme, in dem dann auch schwachradioaktive Abfälle Platz finden könnten".

Weder Gorleben noch Schacht Konrad kommen als Atommüllendlager in Frage

Dies bekräftigte die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN/Niedersachsen Thea Dücker, in einem Interview mit der BILD-Zeitung.

"Bei einer Einigung (Energie-Konsens) darf Niedersachsen nicht das Atomklo Deutschlands werden. Weder Gorleben noch Schacht Konrad kommen als Atomlager in Frage. Unnd: Bis zum Sommer müssen die Ausstiegszeitpunkte festgelegt werden."

Gemeinsam gegen den "Atomstaat"

Als am 18.01.93 um 22.00 Uhr die Telefonkette der BI Lüchow-Dannenberg unsere Region erreichte, wurde bei unseren Mitstreitern gegen KONRAD nicht lange diskutiert. Brote schmieren, feste Kleidung anziehen und ab nach Gorleben, Solidarität!

Als der Konvoi mit den Atomschrott Containern aus Mol (deren Anlieferung vor Weihnachten durch massiven Protest verhindert werden konnte und im AKW- Unterweser bei Esenshamm zwischengelagert wurde) am späten Vormittag in Gorleben anlangte, waren dort im strömenden Regen mehr als 400 Atomkraftgegner versammelt, unter ihnen etliche kommunale Mandatsträger. Aber sie waren nicht allein, mehrere Hundertschaften der Polizei mit 60 Begleitfahrzeugen waren aufmarschiert um die Blockade zu brechen.

Um "fünf vor zwölf" griffen die Beamten mit den üblichen Methoden ein, um 14.24 Uhr wurde seitens der Polizeiführung die Aktion als beendet erklärt. Viele Polizeibeamte machten jedoch auch aus ihrer Haltung keinen Hehl, es würde ihnen stinken, immer wieder ins Feuer geschickt zu werden.

Diese und andere Aktionen müssen von uns Konrad-Gegnern weiterhin unterstützt werden. Wir werden einmal dankbar sein wenn uns die Menschen aus Gorleben und Morsleben genauso tatkräftig unterstützen.

Deshalb:

Wer ja sagt zu Gorleben, Morsleben und KONRAD sagt damit auch ja zur weiteren Nutzung der Atomenergie !

DRINNEN UND DRAUßEN

TERMINE INNERHALB DER TENNISHALLE IN WEDTLSTEDT, SCHLEUSENSTR. 15 (*) UND AUßERHALB

Dienstag, 26.01.1993

19.30 - BRAUNSCHWEIG/Petzvalstr.50, Mitgliederversammlung der AG Schacht Konrad (u.a. Neuwahlen des Vorstandes, Wanted: Kandidat/Innen)

(*)Mittwoch, 27.01.1993

11.00 - 15.00 "Abschluß des Betriebes, Verfüllung der Einlagerungskammern u.a. Dr. Rottenbacher /Schweiz

15.00 - 18.00 "Radioaktive Belastung des Vorfluters Aue" Gruppe Ökologie

(*)Donnerstag, 28.01.1993

10.00 - 13.00 "Problematik der Grenzwerte bei niedrigen Strahlendosen"; Prof. Lengfelder/München oder Prof. Köhnlein/Münster

14.00 - 18.00 "Radioaktive Belastung des Vorfluters Aue" Gruppe Ökologie und Rechtsanwalt Piontek/Hamburg

(*)Freitag, 29.01.1993

10.00 - 16.00 Forts. vom Vortag

16.00 - 18.00 "Auswirkungen von Niedrigstrahlung aus medizinischer Sicht"; Dr.med. Diekmann/Reppenstedt

(*)Sonnabend, 30.01.1993

10.00 - 14.00 "Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse über die Wirkung von dauerhafter Niedrigstrahlung"; Prof. Scheer / Kernphysiker/ Bremen

14.00 Die BI Valledter gegen Schacht Konrad lädt zu einem gemeinsamen Kaffeetrinken in die Erörterungshalle ein (bitte Kuchen, Gebäck etc. mitbringen)

(*)Mittwoch, 03.02.1993

11.00 - 16.00 "Strahlenbelastung des Personals"; Prof. Kuni/Marburg

16.00 - 18.00 "Aktivitätsfreisetzung aus Abfallgebinden" Prof. Bertram und Dipl.chem Musiol

Sonnabend, 06.02. + Sonnabend, 13.02.1993

10.00 - 14.00 "Transport - Belastung und Unfallfolgen"

Bemerkungen:

1. Am 04.02. könnte der Top 4 evt. beendet und mit Top 5 "Störfälle, Unfälle und Transporte" begonnen werden.
2. Unabhängig von der aktuellen Tagesordnung wird auf jeden Fall am 06. und 13.02. das Thema "Transport" behandelt.

Montag, 08.02.1993

20.30

BÜRGERZENTRUM VECHELDE

Diskussion zu dem sog. "Energie-Konsens" mit der Nds. Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) und dem Landtagsabgeordneten Hannes Kempmann (GRÜNE); Veranstaltung der BI Vechelder gegen Schacht Konrad

REGELMÄßIGE TERMINE

Werktags von 18.00- 19.00 Bürger/Innenstunde und am Sonnabend von 12.00 - 14.00 können Bürger/Innen ihre Einwendungen, unabhängig von der aktuellen Tagesordnung vortragen.

Einwender/Innenplenum

Nach Abschluß des jeweiligen Verhandlungstages lädt die AG zu einem Plenum ein, auf dem der Ablauf des Tages ausgewertet und über das Vorgehen im weiteren Verlauf der Erörterung beraten wird.

TELEFONVERZEICHNIS für Wedtlenstedt:

Infotelefon NMU:

05302/9109-37

Infoansage NMU:

05302/9109-38, -39, -40

Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad:

Telefon: 05302/9109-26, -27, -28

Fax: 05302/9109-29

KONRAD-Express



Info der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Geschäftsstelle: Petzvalstraße 50, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531 / 37 81 21, Fax 0531 / 37 81 51. Büro beim Erörterungstermin: Tel.: 05302 / 91 09 27, Fax: 05302 / 91 09 29, Redaktion: Peter Dickel, Manfred Herzig, Heinrich Mundt, Ursula Schönberger. Erscheinungsdatum: 19. Februar 1993

KONRAD-Erörterungstermin geht zu Ende:

Letzte Möglichkeit für EinwenderInnen sich zu Wort zu melden !

Zunehmender Druck im mittlerweile fast 5 Monate dauernden KONRAD-Erörterungstermin. Die Verhandlungsleitung möchte bald zu einem Ende kommen, meint, alles Wesentliche sei gesagt, was jetzt noch komme seien Wiederholungen. Anders sieht es die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD: Bei aller Mühe, die sich die Verhandlungsleitung bei der Gestaltung des Termins gegeben haben mag, blieben EinwenderInneninteressen bei dieser Mammutveranstaltung auf der Strecke. Länge und Unübersichtlichkeit des Termins, die Kaltschnäuzigkeit des Antragstellers und zuweilen auch die Maßregelungen durch die Verhandlungsleitung waren für viele EinwenderInnen nicht gerade motivierend.

EinwenderInnen von nah und fern, die sich bisher noch nicht geäußert haben oder noch Anliegen vortragen wollen, müssen sich jetzt entscheiden, ob sie ihre Interessen im Termin noch selbst vertreten wollen. Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD geht davon aus, daß der Erörterungstermin am Samstag, dem 6. März endet und ruft dazu auf, sich über die Möglichkeiten informieren und beraten zu lassen. Info-Telefone der Arbeitsgemeinschaft für EinwenderInnen:

0531 / 37 81 21 (Montag/Dienstag)
05302 / 91 09 27 (Mittwoch bis Samstag).

Die Entscheidung über KONRAD darf nicht nur eine Frage von WissenschaftlerInnen und Juristen sein, gerade die Meinungen, Bedanken, Ängste und Fragen der Betroffenen müssen zu Protokoll gegeben und erörtert werden. Dafür hat sich die Arbeitsgemeinschaft während des gesamten Termins eingesetzt. Unter dem derzeit anstehenden Themenkomplex "Individuelle, kommunale und regionale Betroffenheiten", in den täglichen "BürgerInnenstunden" und im abschließenden Punkt "sonstiges" besteht hierzu breiter Raum. Wer aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen oder sich aus persönlichen Gründen nicht selbst äußern will, kann seine Einwendung durch eine VertreterIn der Arbeitsgemeinschaft einbringen lassen.

Abschlußtage der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD im Erörterungstermin:

Unter dem Motto: "Wir haben das letzte Wort" ruft die Arbeitsgemeinschaft Organisationen, Verbände, Initiativen, Gruppen und natürlich alle EinwenderInnen zu abschließenden Stellungnahmen im Erörterungstermin auf.

Donnerstag, 4.3.	10.00 - 19.00 Uhr
Freitag, 5.3.	10.00 - 19.00 Uhr
Samstag, 6.3.	10.00 - 14.00 Uhr

Absprachen und breiteste Beteiligung erbeten !



Seit Anfang Dezember 1992 bekannt wurde, das der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder gemeinsam mit Konzernmanager der Stromgiganten RWE und Veba Vorschläge zur weiteren Nutzung der Atomenergie vorgelegt hat, die eine politische Zustimmung zum Endlager Schacht KONRAD beinhalten, ist das Vertrauen in den Sinn des Erörterungstermins und die Zuverlässigkeit von Zusagen der rot/grünen Landesregierung spürbar gesunken. Heftige Diskussionen in der Region, Protestaktionen, wie zum Beginn der Bundesdelegiertenversammlung der GRÜNEN Mitte Januar in Hannover. Der Forderung, sich der Diskussion in der Region zu stellen, folgten Umweltministerin Monika Griefahn und der atompolitische Sprecher der GRÜNEN, Hannes Kempmann. Nicht jedoch der Ministerpräsident, der auf zahlreiche empörte Briefe bisher noch nicht einmal antwortete. Deutliche Worte hingegen fand ein enger Mitarbeiter von Innenminister Glogowski, dessen Haltung zu KONRAD sich offenbar seit seiner Zeit als Braunschweiger Oberbürgermeister nicht geändert hat.

Jetzt oder nie ?

Griefahn und Kempmann in Vechelde

Zu einer klaren Absage an das geplante Atomüll-Endlager Schacht KONRAD konnte sich Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn (SPD) während einer öffentlichen Veranstaltung im Bürgerzentrum Vechelde am 8. Februar nicht durchringen. Immerhin erklärte die ehemalige Greenpeace-Aktivistin den rund 400 TeilnehmerInnen, daß sie KONRAD zum jetzigen Zeitpunkt nicht genehmigen würde. Die endgültige Entscheidung könne sie aber erst nach Beendigung des Erörterungstermins treffen. Darüber hinaus verwies sie aber auf die mit **allen** SPD-geführten Landesregierungen abgestimmte Position zur Endlagerung: Nach verbindlichem Ausstiegskonzept soll nach einem zentralen Endlager für sämtlichen Atomüll in Deutschland gesucht werden. Aus technischen Gründen können dies weder Gorleben (zu klein) noch KONRAD sein (kann kein "heißer" Atomüll rein).

Deutlicher wurde Hannes Kempmann, atompolitischer Sprecher der GRÜNEN-Landtagsfraktion: "Wer die Koalitionsvereinbarung zur Verhinderung von Schacht KONRAD in Frage stellt, legt die Axt an die rot-grüne Koalition".

Heftige Kritik mußten sich die beiden auf Einladung der Bürgerinitiative "Vechelder gegen Schacht KONRAD" angereisten PolitikerInnen hinsichtlich des sog. "Energiekonsenses" anhören. Die von Niedersachsens Ministerpräsident Schröder propagierte Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Atomindustrie habe mit einem "Einstieg in den Ausstieg" aus der Atomenergie nichts zu tun, monierten die KONRAD-GegnerInnen während der lebhaften Diskussion.

Kein gutes Haar ließen EinwenderInnen an der Verhandlungsleitung in Wedtlenstedt. Von einem bürgerInnenfreundlichen Erörterungsverfahren könne keine Rede sein. Die Ministerin wollte hiervon aber nichts wissen und verteidigte die Mitarbeiter ihres Ministeriums.

Griefahn verschanzte sich hinter Bundesumweltminister (?) Töpfer (CDU), der während des laufenden Verfahrens "Weisungsterror" ausgeübt habe. Dies wollten die anwesenden BürgerInnen nicht akzeptieren: "Sie hätten den Töpfer-Weisungen widerstehen müssen !"

Bruno Niehoff von den Vecheldern gegen Schacht KONRAD überreichte Monika Griefahn einen überdimensionalen Brief an Gerhard Schröder, in dem der Ministerpräsident aufgefordert wird, sich im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung den Menschen in der Region zu erklären.

Foto: Umweltministerin Griefahn, Moderator Schwarzenholz und Hannes Kempmann (GRÜNE) am 8.2. in Vechelde.

Glogowski-Mitarbeiter Wehrmeyer (SPD):

"Schröder hat Energie-Konsens nicht verstanden !"

Schlechte Noten stellte Matthias Wehrmeyer, enger Mitarbeiter des niedersächsischen Innenministers Glogowski, dem niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder im Zusammenhang mit dem sog. "Energie-Konsens" aus.

Laut Peiner Allgemeinen Zeitung (PAZ) bescheinigte Wehrmeyer dem Ministerpräsidenten im Rahmen einer SPD-Sitzung in Vechelde, daß dieser "über den Tisch gezogen wurde, ohne es zu merken". "Eigentlich", wird Wehrmeyer in der PAZ zitiert, "sollte der Energiekonsens ganz anders aussehen. Erst Ersatz für die vorhandenen Atomkraft schaffen, danach diese Atommeiler abschalten."

"Die Atomindustrie hat das in ihrem Sinne verdreht", so der Vertraute von Gerhard Glogowski, dem wohl einflußreichsten SPD-Politiker in der Region Braunschweig, weiter. "Die Atomindustrie hat den Verzicht auf Gorleben, der sie nichts kostet, gegen eine Zusage für Schacht KONRAD und die Option auf die Weiterführung der Atomenergie eingetauscht."

Schröder habe "die ganze Sache nicht verstanden". "Und wie immer, wenn er etwas nicht versteht, erhebt er das zum Programm".

Arbeitsgemeinschaft am Ball

Um enge Kontakte und ein gemeinsames Vorgehen mit den Umweltverbänden und Organisationen in Atomeneigebereich in Sachen RWE/Veba/Schröder-Vorstoß, bemüht sich die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD. Gemeinsame Forderung: Wenn über die Atomenergie geredet wird, wollen wir dabei sein.



Terminbericht:

Schweinsgalopp und Rösslsprung

Verhandlungsleitung drückt auf's Tempo / Transportgefahren weggerechnet / BfS flieht und staunt

Anfang Februar wurde die etwa einmonatige Erörterung aller Fragen, die mit dem Standort und dem Betrieb der geplanten Anlage zusammenhängen, mit mehreren ausführlichen Beiträgen zur radioaktiven Niedrigstrahlung abgeschlossen. Unter zunehmendem Druck der Verhandlungsleitung wurden dann ab Samstag, dem 6.2., in 6 Verhandlungstagen die Transporte, Stör- und Unfälle, sowie der gesamte Katastrophenschutz abgehandelt. Offenbar möchte die Verhandlungsleitung jetzt schnell nach Hause, am liebsten am 25.2., genau 5 Monate nach Beginn des Termins Schluß machen. Das ist unakzeptabel: Solange für die EinwenderInnen noch wesentliche Punkte anliegen und Erörterungsbedarf besteht, wird Zeitdruck nicht akzeptiert.

Die **Transporterörterung** (Themenkomplex 5) begann am 6.2. mit Austausch und Vertiefung der divergierenden Rechtsauffassungen. Mehrere Tage erläuterten dann die Sachbeistände der Kommunen sehr detailliert Risiken und Gefahrenpotentiale an einzelnen Transportstreckenabschnitte. Neben den "vereinigten Städten" Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel mit ihren Sachbeiständen, der Gemeinde Lengede, (Rechtsanwalt Nümann) und den Kommunen Hannover, Seelze und Vechelde (Rechtsanwalt Piontek), war die Stadt Hannover durch ihren Umweldezernenten, die Stadt Marburg durch den Leiter des Umweltamtes, die Stadt Oldenburg durch die Arbeitsgemeinschaft und die Stadt Lüneburg vertreten. **Bedeutsam wurde eine "Schwachstellenidentifizierung", die das niedersächsische Umweltministerium auf Anraten des Beirates für den Kernenergieausstieg über die GRS-Studie "KONRAD-Transporte" hatte fertigen lassen. Diese Schwachstellenidentifizierung bescheinigte der GRS nicht nur den Verzicht auf jegliche Nachprüfbarkeit der getroffenen Annahmen, sondern auch das Fehlen von Quellen und Dokumentation. Das Wichtigste aber: gegenüber dem Zwischenbericht, den die GRS im Sommer 1991 vorgelegt hatte, waren im Abschlußbericht dann alle Annahmen so modifiziert, das im Zwischenbericht eingestandenen Schwachpunkte beim Transport eliminiert waren.**

EinzeleinwenderInnen, die einzelne Fragestellungen ab Freitag, dem 12. Februar verstärkt aus ihrer Sicht erörtern wollten, bekamen nun von einer völlig genervten Verhandlungsleitung vorgehalten, es sei doch längst alles von den Sachbeiständen der Kommunen dargelegt worden. Um den Abschluß des Themenkomplexes zu erzwingen, drohte die Verhandlungsleitung sogar, am Samstag, dem 13.2. mit offenem Ende zu verhandeln, ein angesichts des Skandals vom 12.12. nicht akzeptables Unterfangen. Die Arbeitsgemeinschaft forderte Rückkehr zur Kooperation: "Aus Sicht der EinwenderInnen besteht kein Grund, den Erörterungstermin in die Länge zu ziehen, noch besteht ein sonderlicher Grund zur Eile". EinwenderInneninteressen dürften nicht ausgehöhlt werden. Die Verhandlungsleitung lenkte ein, legte als definitives Ende für Samstag ein 16.00 Uhr fest.

Fluchtartig verließ das BfS dann am Samstag Mittag den Saal, als einige BürgerInnen v.a. aus Vechelde in weißen Schutzanzügen ihre Sorgen vor einem Strahlenunfall in Szene setzten. Dies sei keine folkloristische Attitude des Verfahrens, monierte später eine Einwenderin gegenüber der Verhandlungsleitung, die die Erörterung (und damit das Protokoll) für diese "Demonstration" unterbrochen hatte. Antragsteller und Genehmigungsbehörde täten sich offenbar gleichermaßen schwer, zu akzeptieren, daß die Genehmigung von KONRAD nicht nur eine Frage abstrakt-theoretischer Erörterung sei, sondern daß auch die begründeten Ängste der Betroffenen so wie sie von diesen selbst artikuliert werden, protokollfähig sind.

Zunehmend schwierig wird angesichts der nunmehr kürzeren Themenkomplexe und einer drängelnden und nörgelnden Verhandlungsleitung die Koordination der EinwenderInnen und Sachbeistände. Sprünge in der Tagesordnung, vom Antragsteller als Rösslsprünge moniert, ergeben sich zwangsläufig, wenn Beiträge zu einem Tagesordnungspunkt fest terminiert, der vorhergehende Punkt aber noch nicht abgeschlossen ist oder umgekehrt ein Punkt früher abgeschlossen wird, als erwartet. Zur Wahrung der EinwenderInneninteressen ist es allemal sinnvoller, sich im Rösslsprung durch die Tagesordnung zu bewegen, als im Schweinsgalopp, wie es die Verhandlungsleitung wohl lieber täte. Letztlich aber muß sich die Verhandlungsleitung entscheiden, ob sie Kooperation oder Konfrontation will, wie Ernst sie die EinwenderInnen tatsächlich nimmt.

Atomtransporte zum Schacht:

Darf VPS überhaupt radioaktive Stoffe transportieren ?

Ginge das Endlager KONRAD in Betrieb, so sollen die Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter (VPS) die Mülltransporte von der Bundesbahn übernehmen und die strahlende Fracht auf den Werksgleisen zum Schacht bringen. Während für die Bundesbahn im Bundesbahngesetz geregelt ist, was sie transportieren darf, benötigen private Bahnen wie VPS Konzessionen. Wie der Rechtsbeistand der Gemeinde Lengede recherchierte, stammen die VPS-Konzessionen für die Güterbeförderung aus den Jahren 1864, 1885 und 1940 und wurden 1975 den Rechtsverhältnissen der BRD angepaßt. Nach Auffassung von Nümann, der sich dabei auf eine parallele Oberverwaltungsgerichtsentscheidung zum Immissionsschutzgesetz beruft, decken diese Konzessionen den Transport radioaktiver Stoffe nicht ab. Damit gab Nümann der überraschten Genehmigungsbehörde erst einmal zu denken und Hausaufgaben auf.

Hauptgüterbahnhof Braunschweig:

Als kerntechnische Anlage nicht genehmigungsfähig !

Die Sachbeistände der Stadt Braunschweig kamen in ihren Abschätzungen über mögliche Transportunfälle im Hauptgüterbahnhof Braunschweig zu dem Ergebnis, daß Unfälle möglich sind, bei denen die Störfallgrenzwerte der Strahlenschutzverordnung, die deutlich höher sind, als die Grenzwerte für den Normalbetrieb, überschritten werden. Für Anwohner könnte dies bedeuten, daß nicht nur kurzfristige Schutzmaßnahmen (z.B. Evakuierung), sondern dauerhafte Umsiedlung erforderlich sind. Sachbeistand Neumann (GRUPPE ÖKOLOGIE): "Als kerntechnische Anlage wäre der Hauptgüterbahnhof Braunschweig so jedenfalls nicht genehmigungsfähig".

Beseitigung des Haufwerkes:

Planfeststellungsbehörde stellt klaffende Lücke im Plan fest.

Werden Hohlräume aufgefahren, fällt zwangsweise Abraum an. Der Abraum, der bei der Erschließung der Endlagerhohlräume in KONRAD anfallen würde, soll später dann z.T. wieder zur Verfüllung des Schachtes verwandt werden. Doch was tun mit dem Rest? Das Bundesamt für Strahlenschutz schweigt sich darüber aus. Es deutet an, daß das Material teilweise im Straßenbau oder zur Abstützung anderer Bergwerke verwendet werden könnte. Oder der Abraum könnte in Haverlahwiese auf Halde gelegt werden. Auf jeden Fall, auch dieses Thema sei wiederum nicht Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens. Dem können weder Rechtsanwalt Nümann (Gemeinde Lengede) noch die Genehmigungsbehörde folgen. Entweder, es muß neben dem atomrechtlichen Verfahren noch zu einem bergrechtlichen Verfahren für die Erstellung eines Rahmenbetriebsplanes kommen. Dies wäre ausschließlich Sache des Landes und dem atomrechtlichen Zugriff des Bundesumweltministers entzogen. Oder es muß eine große klaffende Lücke in den Planunterlagen und damit ihre Nicht-Genehmigungsfähigkeit festgestellt werden. Das BfS hörte es und schwieg. Rechtsanwältin Ruelle-Hengesbach, die die Eheleute Traube vertritt, hielt den Mangel für so gravierend, daß sie den Abbruch des Termins beantragte.

Ähnlich schwerwiegende Rechtsbedenken gegen das Verfahren bestehen im Bereich des Wasserrechtes.

Stell' Dir vor, Du bist gegen KONRAD und der Erörterungstermin ist zu Ende ...

Hektische Betriebsamkeit in den EinwenderInnenbüros beim Erörterungstermin in Wedtlenstedt. Mit Sachbeiständen müssen Termine ausgemacht werden, EinwenderInnen müssen beraten werden, inhaltliche Anregungen aufgenommen, überprüft und in Erörterungsbeiträge eingearbeitet werden. Nebenbei ist da aber noch die Sache mit dem RWE/Veba/Schröder-Papier. Die Arbeitsgemeinschaft bemüht sich um Kontakte mit den Umweltverbänden, unterstützt Aktionen von Mitgliedseinrichtungen. Überall laufen Veranstaltungen zu KONRAD und Diskussionen zur Energie-Diskussion. Eigentlich, so meint der Vorstand, ist jetzt während des Termins gar keine Zeit, um über Harz+Heide zu reden. Aber dann ist man sich einig: dieses Jahr ist es vielleicht wichtiger denn je sein, sich dem breiten Publikum in der Region zur Diskussion anzubieten - nach dem Erörterungstermin.

Richtig. Irgendwann ist der kräftezehrende Termin vorbei. Was dann? Frau Traube, die vis-a-vis zum Schacht wohnt und zu der kleinen Schar EinwenderInnen gehört, die am Termin von Beginn an teilgenommen hat, bekennt, daß sie ersteinmal Zeit braucht, um wieder neue Kräfte zu sammeln, um sich zu überlegen, wie's weitergehen kann: "Um viele Dinge, gerade auch in der Familie, die zurückstecken mußten, muß man sich wieder kümmern. Schließlich macht man's ja für die Kinder."

Herr Hylski, bei der Stadt Salzgitter für KONRAD verantwortlich, kann noch gar nichts sagen: Wie bei den Verbänden und EinwenderInnenorganisationen beginnt jetzt ersteinmal die Zeit der Auswertung des Protokolls und die Frage, ob und an welchen Punkten man sich auf Klagen vorbereitet.

Und da bleibt der politische Rahmen: Steht die rot/grüne Landesregierung zu ihren Worten, hat sie das Rückgrat, am entscheidenden Punkt dem töpferischen "Weisungsterror" (Griefahn) zu widerstehen? - Oder bleibt es dabei, daß KONRAD Schröders Morgengabe für einen fragwürdigen Deal mit der Energiewirtschaft ist.

Spätestens, wenn die PolitikerInnen aus Bund, Land und EG den Weg zur Basis finden, weil 1994 für all diese Parlamente Wahlen anstehen, werden sie sich rechtfertigen müssen.

Andreas Scherman vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft: "Die eigentliche Auseinandersetzung beginnt doch jetzt erst. Wir suchen den überregionalen Schulterschluß mit Morsleben, ASSE und Gorleben. In der Region steht Harz+Heide an und im Herbst das internationale Endlager-Hearing der niedersächsischen Landesregierung in Braunschweig. Wir werden alle Kräfte darauf verwenden, die Mitgliederwerbung zu verstärken, um damit die finanzielle und personelle Basis und die Unabhängigkeit der Arbeitsgemeinschaft für die Auseinandersetzung auch langfristig zu sichern. Wir hoffen, daß jetzt mit Unterstützung der AG viele neue Bürgerinitiativen entstehen."

Also, viel wird das wohl nicht werden mit dem ausruhen!



Termine außerhalb

Mo. 22.2.1993

20.00 Uhr Lengeder Rathaus/Mehrzweckraum - Polizeieingang: Veranstaltung der Bürgerinitiative gegen Atom-müll im Erzlager Konrad (BIGAMIE) mit

Wilhelm Schmidt (SPD-Bundestagsabgeordneter/Salzgitter)

"Ist das Atommüllendlager Schacht KONRAD eine (politisch) abgemachte Sache?"

Do. 24.2.1993

19.30 Uhr Bürgerzentrum Vechelde
Koordinierungstreffen der Bürgerinitiativen, Verbände, usw. u.a. zur Vorbereitung der Abschlußtage im Erörterungstermin.

Voraussichtlicher (!) Terminablauf

Sa. 20.2. 10.00 - 14.00 Uhr

TOP 7 Betroffenheit

Beiträge: AG Schacht KONRAD: Prof. Zimmerli, Pfarrer H.-G. Babke und weitere EinzeleinwenderInnen

Mi 24.2. 11.00 - 19.00 Uhr

TOP 7 Betroffenheit

Beiträge: Kommunen, RAe Geulen, Piontek und Nümann u.a. EinwenderInnen

Do 25.2. 10.00 - 19.00 Uhr

TOP 7 Betroffenheit

Beiträge: vermutlich Landvolk

TOP 9 Umweltverträglichkeitsprüfung

Beiträge: Naturschutzverband Niedersachsen, Prof. Dr. Oelke u.a.

Fr. 26.2. 10.00 - 19.00 Uhr

TOP 9 Umweltverträglichkeitsprüfung

Beiträge: BUND u.a.

TOP 10 Sonstiges

Sa. 27.2. 10.00 - 14.00 Uhr

TOP 10 Sonstiges

Beiträge: Traute Kirsch (IG Unrast Würgassen,) und LBU

Mi. 3.3. 11.00 - 19.00 Uhr

TOP 10 Sonstiges

Beiträge: Prof. Dr. Bertram (14.00-16.00 Uhr) und andere EinwenderInnen

Do. 4.3. 10.00 - 19.00 Uhr

Fr. 5.3. 10.00 - 19.00 Uhr

Sa. 6.3. 10.00 - 14.00 Uhr

Abschlußbeiträge, -bewertungen und -plädoyers verschiedener Verbände und EinzeleinwenderInnen

BürgerInnenstunde

Werktags von 18.00 - 19.00 Uhr und Samstags von 12.00 - 14.00 Uhr können BürgerInnen ihre Einwendungen unabhängig von der aktuellen Tagesordnung vortragen.

Das soll unter TOP 7 erörtert werden:

- * Grundgesetz, Atomgesetz, Strahlenschutzverordnung
- * Soziologische Auswirkungen, Ethik, Moral
- * Arbeitsplatz, Lebensraum, Freiheit
- * Sozialer Zündstoff, Polizeistaat, Moral
- * psychische Auswirkungen, Ängste
- * Verantwortung für Nachkommen, Schöpfung
- * Einzel- / Allgemeininteresse
- * Auswirkungen auf Eigentum, Arbeitsmarkt, Industrie, Landwirtschaft, Fremdenverkehr etc.
- * Ansehen und Zukunft der Region, Minderung der Lebensqualität, Freizeitwert, Heimat
- * Auswirkungen über die Region hinaus
- * Spezielle Rechtsfragen, Umwelthaftung, Versicherungen
- * Beeinträchtigung des Eigentums durch Transporte
- * Auswirkung auf die Gesundheit, Krankheitskosten
- * Verschwendung von Steuergeldern
- * Schäden durch Kontamination, Evakuierung

Das soll unter TOP 10 erörtert werden:

- * Kernenergienutzung, Atommüllproduktion
- * Proliferation
- * Förderung des Atomenergieausbaus
- * Atomenergieausstieg
- * Konsens, politische Durchsetzbarkeit
- * Gefahrenpotential, Kosten- und Haftungsfragen
- * Lehren aus der Vergangenheit
- * Verschiedenes und sonstige Einzelfragen

KONRAD-Express



Info der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., Geschäftsstelle: Petzvalstraße 50, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531 / 37 81 21, Fax 0531 / 37 81 51, Büro beim Erörterungsausschuss: Tel.: 05302 / 91 09 27, Fax: 05302 / 91 09 29.
Erscheinungsdatum: 22. Februar 1993

Einwender Info SPEZIALAUSGABE AUFRUF

Termine der Erörterung:

Man kann es gar nicht oft genug betonen, daß es sehr wichtig ist, daß wir alle gerade jetzt in der letzten Runde noch einmal stark in Erscheinung treten. Für nähere Auskünfte haben wir deshalb zusätzliche Kontaktmöglichkeiten geschaffen: Zunächst die der AG-Konrad in der Petzvalstr. 80, in 3300

Braunschweig, Tel.: 0531/ 37 81 21 - 22, Fax: 0531/ 378151; Mo-Fr, ganztägig. In Wedtlenstedt unter 05302/ 9109/ -26, -27, -28, Fax: 05302/ 9109-29; Mi-Sa: 10.00 - 19.00 Uhr

Weiterhin bestehen die Anschlüsse: 05341/ 54530 (Irene od. Andreas) sowie 05331/62144 (Jürgen) für nähere Auskünfte zur Verfügung.

Terminabsprachen sind möglich aber nicht unbedingt erforderlich. Redebeiträge könnten allerdings organisiert/koordiniert werden.

ERÖRTERUNGSZEITEN:

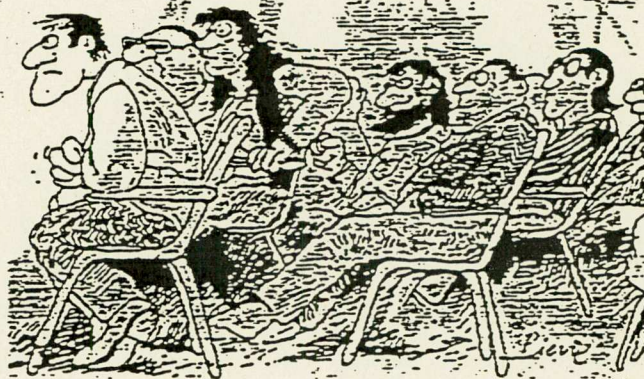
Mi: 11.00 - 19.00

DO-FR: 10.00 - 19.00

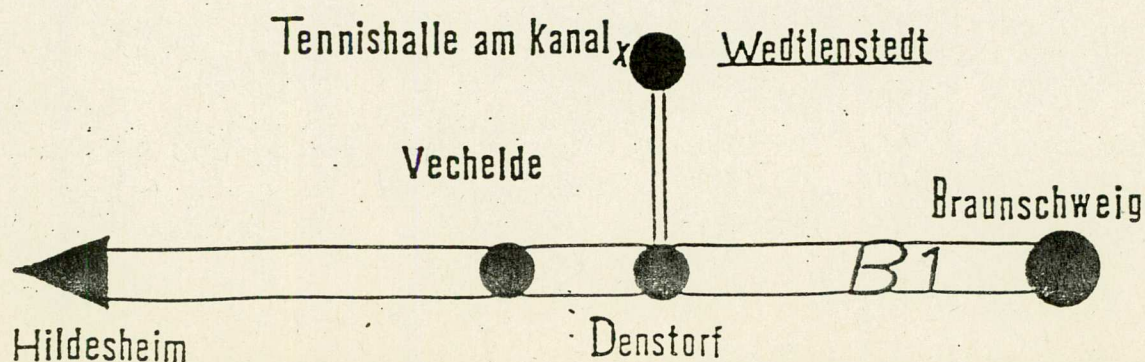
Sa: 10.00 - 14.00

ERSCHEINT MASSIV !!!

Wir haben das letzte Wort:



Wo liegt Wedtlenstedt überhaupt?



Hallo liebe EinzeleinwenderInnen

Wir beteiligen uns nunmehr seit dem 25.09.92 aktiv an dem Erörterungstermin Schacht Konrad als Endlager für radioaktiven Schrott und leisten damit auch stellvertretend für Euch und Sie permanent den Widerstand, dieses Unterfangen nicht zur Realisierung kommen zu lassen.

Während dieser Zeit hat die AG Schacht Konrad durch eigene Sachbeistände (Prof. Dr. J. Scheer, Prof. W. Zimmerli, Dr. Köhnlein, Prof. Dr. E. Hickel, Rechtsanwältin Ruelle - Hengensbach u. a.) und enge Zusammenarbeit mit den Sachbeiständen der Kommunen und Verbände (GÖK, Gronemeyer, Dr. Kuni, Prof. Bertram, RA Nümann u.v.a.) die Interessen der Einzel- und Sammeleinwender vertreten.

In dieser Zeit hat die AG festgestellt, daß die Antragstellerin (BfS) mit den Spezialisten rhetorisch relativ gut umzugehen versteht. Aber wehe, es kommt der sogenannte "Normalbürger" zu Wort und trägt schlicht und einfach seine Ängste, Bedenken und Sorgen, spricht seine **BETROFFENHEIT** vor, -dann werden die "Herren" vom BfS schlichtweg sprachlos.

Selbstverständlich kann kein Mensch ständig, über fünf Monate hinweg, an einem solchen Erörterungstermin teilnehmen, aber jetzt geht der Termin dem Ende entgegen.

Es wäre schön und auch außerordentlich wichtig, wenn sich jetzt des Volkes Stimme nachhaltig noch einmal vehement zu Wort melden würde und die Zeit vom 03.03. bis 06.03.1993 nutzt, um dem BfS deutlich zu machen, daß die Bevölkerung -aus welchem persönlichen Grund auch immer- ein Atommüllendlager **Schacht KONRAD** nicht will.

Wenn gewünscht, wird die AG hilfreich zu Seite stehen!

In diesem Sinne: **AUF ZUR ERÖRTERUNG**, denn:

WIR ALLE HABEN DAS LETZTE WORT!! Und wir denken auch nicht daran, es uns nehmen zu lassen.

Sollten keine einzelnen Wortmeldungen bestehen, ist es zudem von großer Bedeutung, zumindest durch eine persönliche Anwesenheit deutliche Zeichen zu setzen. Wir können uns im Abschluß der Erörterung keineswegs mit einem herablassenden Verhalten der Genehmigungsbehörden und dem BfS abspeisen lassen, die sich ohnehin darin befleißigen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, daß unser aller Anliegen, Konrad nicht zu praktizieren, nicht ernst gemeint sei.

Das können und wollen wir nicht auf uns sitzen lassen!

Deshalb erscheint alle zahlreich, erscheint nachhaltig, und verleiht allen Einwendungen nochmals den ihnen gebührenden Respekt, mit erforderlichen Nachdruck!

Viele Grüße von der "AG " -und unseren beharrlichen,
" helfenden Händen "

Nach fünf Monaten steht eines fest:

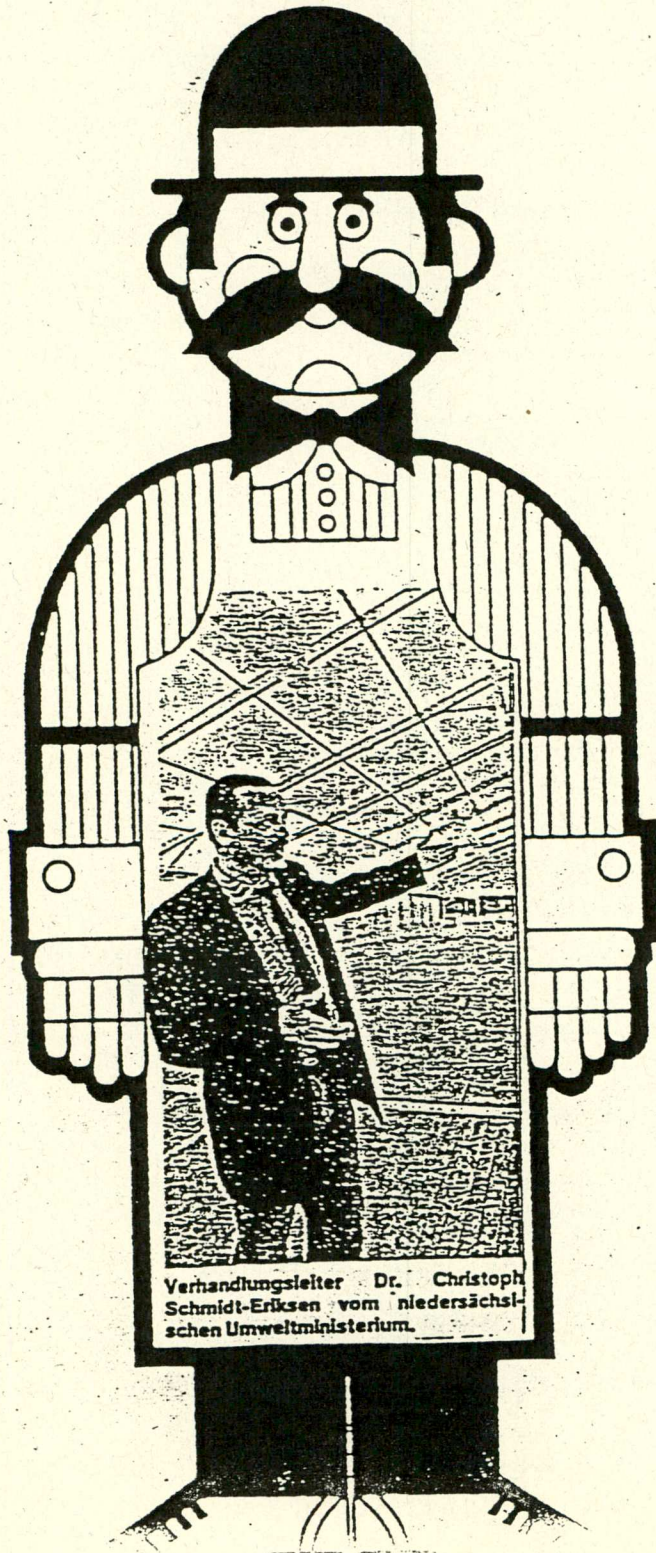
Noch ist gar nichts klar!

Der Antragsteller blieb so manche Antwort schuldig

- so konnte beispielsweise nicht eindeutig dargelegt werden, was denn überhaupt in KONRAD eingelagert werden soll und woher der Atommüll stammt.
- die Langzeitsicherheit konnte nicht schlüssig belegt werden, da nicht genügend Standortdaten in die zweifelhaften Modellrechnungen eingebaut wurden. Dr. Appel (PanGeo) und Herr Hamer (Büro Gronemeyer) monierten u.a.: die Zahl der Rechenläufe im Störzonenmodell seien vergleichsweise klein und sind offenbar begrenzt worden, als das gewünschte Ergebnis eintrat.
- die Gefährlichkeit niedriger Strahlendosen wurde schlichtweg mit dem Hinweis abgetan, daß man sich im Grenzwertrahmen der Strahlenschutzverordnung bewege. Hierzu muß man aber wissen, daß die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung aus dem Jahr 1956 abgeleitet sind und somit die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf diesem Gebiet keine Würdigung gefunden haben.
- die Standorteigenschaften sind äußerst dürftig beschrieben. So liegt nach Meinung des BfS (Bundesamt für Strahlenschutz) Schacht KONRAD noch immer in der Luftverteidigungsidentifizierungszone zur DDR, so daß hier kaum Flugbewegungen stattfänden. Nebel- und Smogdaten wurden nur für Hannover und Braunschweig - Völkenrode erhoben und auf den Konradstandort übertragen.
- in die Betrachtung der radiologischen Vorbelastung wurde der Tschernobyl Fallout nicht eingearbeitet, da er rein juristisch nicht aus dem Geltungsbereich des Atomgesetzes stamme und somit erörterungstechnisch irrelevant sei.
- auch die Grundbelastung der Grubenwetter mit Radon ist nach der Strahlenschutzverordnung nicht planungsrechtlich relevant, da es sich um natürliche Strahlung handele.
- weiterhin wird seitens des BfS die Transportproblematik nicht als Planungsinhalt angesehen, obwohl gerade ein Großteil der EinwenderInnen und Kommunen darauf drängen, daß Transporte Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens werden, da von ihnen eine nicht unerhebliche Gefahr ausgehe und sie in direktem Zusammenhang mit dem Endlagerbetrieb stünden. Die GRS - Studie (aus dem Hause Töpfer) kann niemanden beruhigen, zumal ihr wahrer Wert durch diverse Bewertungsgutachten klargestellt wurde. Insofern stellt sie sich als mangelhaft dar.
- eine eigenständige UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung) hat auch nicht stattgefunden, obwohl sie gesetzlich vorgeschrieben ist. Hierzu ein Auszug aus der Braunschweiger Zeitung vom 14.06.91: " Zur UVP erklärte Dr. Bruno Thomauske (Anmerk. der Red. Thomauske für den Antragsteller), daß er eine erneute Begutachtung gelinde gesagt für Erbsenzählerei halte, die nichts bringen würde." An dieser Einstellung hat sich bis heute nichts geändert.
- die Störfallanalyse sei unzureichend und viele Dinge, die dem Restrisiko zugeordnet wurden, gehörten dort nicht hin. Herr Kreßmann, von der Braunschweiger Berufsfeuerwehr, führte dazu aus, daß Statistik die eine Sache sei, Wirklichkeit eine andere; dies zeigten Erfahrungen immer wieder. Und wörtlich: " Wenn das Restrisiko zuschlägt, schlägt es eben zu. "

Von ähnlicher Qualität ließen sich hier endlos viele Beispiele aus der Tagesordnung des Erörterungstermins anführen, so daß einem die Haare zu Berge stehen. Aber so etwas sollte man wenigstens einmal life erlebt und persönlich zur Kenntnis genommen haben. Doch allein schon in der Gliederung des Verfahrens, hat die Genehmigungsbehörde wenig Fingerspitzengefühl bewiesen, indem sie die wichtigen Punkte an das Ende gesetzt hat und somit schon im Vorfeld dafür sorgte, daß engagierte Bürger durch die trockenen Ausführungen der Fachleute abgeschreckt wurden. Der neue Verhandlungsort "Zu Wedtlenstedt" ist ein weiteres markantes Beispiel, wie man versucht es dem Bürger zu verleiden, sich an diesem Termin zu beteiligen. Das sollte und darf uns/Sie/Euch ganz besonders in dieser letzten Phase nicht daran hindern an diesem Termin teilzunehmen.

In diesem Sinne: Auf bald in Wedtlenstedt!



*Auch er
würde sich auf
Eure/Thre
Teilnahme am
Erörterungstermin
freuen !!!*

Signale

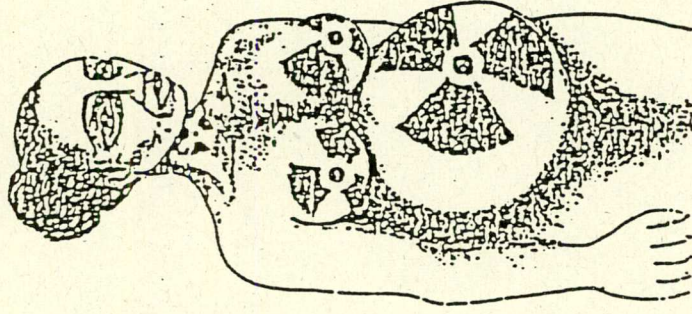
setzen !!! - im

Widerstand

gegen

Konrad als
Endlager

Bedrohung
durch
Niedrigstrahlung



durch (d)eine

Mitgliedschaft

in der

AG-Schacht Konrad

Ja, ich / wir

trete/n der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V.

☐ als Einzelmilglied ☐ als Organisation/Einrichtung bei

Organisation.....

Name, Vorname.....

Straße.....

Ort.....

Telefon.....

Telex.....

Ich/wir zahle/n

☐ als Organisation ☐ den normalen Monatsbeitrag 50,- DM
☐ nach Vereinbarung

☐ als Einzelmilglied ☐ den normalen Monatsbeitrag 10,- DM
☐ den reduzierten Jahresbeitrag 30,- DM*

* Sozialhilfempfohlenen, SchülerInnen, StudentInnen, Auszubildende und nicht
Erwerbstätige und Personen in vergleichbarer Situation und
Mitglieder von Organisationen und Einrichtungen, die in der Arbeitsgemeinschaft Mitglied
sind oder mit der AG zusammen arbeiten können, einen reduzierten Jahresbeitrag von
30,- DM wählen. Endgültige Voraussetzung: Der Beitrag muß in einer Summe bezahlt werden

....., den

.....
(Unterschrift)

Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e.V.
Pernstraße 50 · 3300 Braunschweig · Telefon 0531 / 37 81 21 · Telex 0531 / 37 81 51



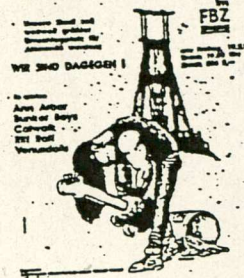
PRESSEinformation



Erörterungstermin Schacht Konrad:

Wissenslücken beim BfS immer größer: Was soll eigentlich endgelagert werden?

Großes Benefiz-Concert Braunschweiger gegen Schacht Konrad



Alle reden vom Transport



Wir nicht.

Bundesweite Aktionstage
gegen Atommülltransporte
27. und 28. November 1992

Monika Griefann

und der atompolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion
Hannes Kempmann
in

Vechede



Diskussion

Veranstaltung Bürgerinitiative Vechede gegen Schacht KONRAD

Montag

8. Februar

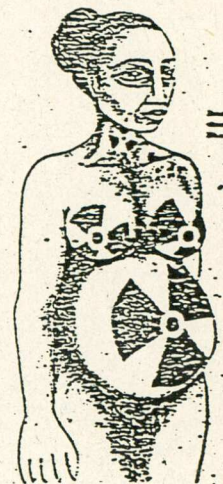
20.00 Uhr

Bürgerzentrum Hildesheimer Straße 5

MITBESTIMMEN

HINGEHEN
ANHÖREN
MITREDEN

Am 19.10.92
ab 11:00 Uhr
Schützenplatz
52-Lebensstedt



Anti-WAA-Büro



Postfach 1145
Klosterstraße 2
8460 Schwandorf
Tel.: 09431/1029
Fax: 09431/42954

Ärzte gegen Schacht Konrad

Die Begehrhaltung des Atommülls ist unumkehrbar gefährlich, unumkehrbar und auf die Dauer nicht beherrschbar. Das vorgeschlagene Schacht Konrad ist ein riesiges Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung.

- | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|--------------------------------|
| Dr. B. Linder, Dr. H. P. H. H. H. | Dr. E. P. P. P. P. P. P. P. P. P. | Dr. A. A. A. A. A. A. A. A. A. |
| Dr. R. R. R. R. R. R. R. R. R. | Dr. M. M. M. M. M. M. M. M. M. | Dr. V. V. V. V. V. V. V. V. V. |
| Dr. F. F. F. F. F. F. F. F. F. | Dr. G. G. G. G. G. G. G. G. G. | Dr. C. C. C. C. C. C. C. C. C. |
| Dr. D. D. D. D. D. D. D. D. D. | Dr. H. H. H. H. H. H. H. H. H. | Dr. K. K. K. K. K. K. K. K. K. |
| Dr. L. L. L. L. L. L. L. L. L. | Dr. N. N. N. N. N. N. N. N. N. | Dr. P. P. P. P. P. P. P. P. P. |
| Dr. Q. Q. Q. Q. Q. Q. Q. Q. Q. | Dr. S. S. S. S. S. S. S. S. S. | Dr. T. T. T. T. T. T. T. T. T. |
| Dr. U. U. U. U. U. U. U. U. U. | Dr. V. V. V. V. V. V. V. V. V. | Dr. W. W. W. W. W. W. W. W. W. |
| Dr. X. X. X. X. X. X. X. X. X. | Dr. Y. Y. Y. Y. Y. Y. Y. Y. Y. | Dr. Z. Z. Z. Z. Z. Z. Z. Z. Z. |

Spenden

nr. 3787 32-008
PG&A Hannover
(BLZ 250 100 30)
Nr. 93 44 250
KONTOKonto
(BLZ 270 500 00)

"Erörterungstermin"

SCHACHT KONRAD

«BAYERN TAG» 16.10.92!

bundesweite Großdemonstration 17.10.92

PLANUNG ET , Stand 05.03.1993

Freitag, 05.03.1993

10.00 - 10.30	Gila Altmann
10.30 - 12.00	Prof. Bertram
12.00 - 13.00	Peter Dickel
14.00 - 15.00	Herr Zydra
15.00 - 15.10	BUND BS (Almut Bußmann-Look)
15.10 - 15.25	Herr Strahlmann
15.25 - 15.40	Frau Streich
15.40 - 16.00	Frau Traube
16.00 - 16.45	Uwe Jordan
16.45 - 17.00	Alice Jabs
17.00 - 17.20	BUND GF (Dr.Gresky)
17.20 - 17.50	Frank Musiol
18.00 - 18.10	Ute Kauer
18.10 - 19.00	Johannes Hülsmann

Sonnabend, 06.03.1993

10.00 - 10.10	Herr Chalupnik
10.10 - 10.30	Prof. Jens Scheer
10.30 - 10.40	IPPNW (Johannes Hülsmann)
10.40 - 10.50	BI Timmerlah (E.O. Trustorff)
10.50 - 11.00	BI Vallstedt (Helmut Kahle)
11.00 - 11.10	BI Salder (Elfi Free)
11.10 - 11.20	BI Vechelde
11.20 - 11.30	BI Lengede (Gottfried Aust)
11.40 - 11.50	AKU der SPD-Lengede (Heike Makus)
11.50 - 12.20	AG (Ulrike Jacob-Prael)
12.20	ESCHI

